

Bezugspreis:

Vertriebspreis 16,50 Mk., monatlich 5,50 Mk., frei ins Haus, octavo schreibbar. Postgebühren monatlich 5,50 Mk., zzgl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 12—13 Mk., bei halbjährlicher Zustellung 11—12 Mk. + Saldo-Kaufschlag. Postgebühren nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eintragungen in die Postzeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 27. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Anzeigenpreis:

Die angegebene Komposition des Textes ist für 10 Zeilen berechnet. Die ersten 10 Zeilen kosten 10 Pfennig, die folgenden 5 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des ersten Tages 15 Pfennig, für die folgenden 10 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des zweiten Tages 12 Pfennig, für die folgenden 8 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des dritten Tages 10 Pfennig, für die folgenden 7 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des vierten Tages 8 Pfennig, für die folgenden 6 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des fünften Tages 6 Pfennig, für die folgenden 5 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des sechsten Tages 5 Pfennig, für die folgenden 4 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des siebten Tages 4 Pfennig, für die folgenden 3 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des achten Tages 3 Pfennig, für die folgenden 2 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des neunten Tages 2 Pfennig, für die folgenden 1 Pfennig. Für die ersten 10 Zeilen des zehnten Tages 1 Pfennig, für die folgenden 1/2 Pfennig.

Regierungsbildung im Reich und in Preußen.

Weder im Reich, noch in Preußen liegen bis zur Stunde endgültige Ministerlisten vor, doch scheint die Regierungsbildung im Reich gute Fortschritte zu machen, während sie in Preußen noch gewisse Schwierigkeiten macht.

Falls sich nicht im Laufe der Verhandlungen, die um die Mittagstunden mit den Gewerkschaften begonnen haben, neue Schwierigkeiten ergeben sollten, dürfte die neue Reichsregierung wie folgt gebildet werden: Hermann Müller wird Reichskanzler und behält vorläufig das Portefeuille der Auswärtigen Angelegenheiten, nachdem Genosse Landberg von Brüssel aus das ihm angebotene Amt entschieden abgelehnt hat und nachdem die Verhandlungen sowohl mit Graf Brockdorff-Rantzau, wie auch mit dem früheren Ministerialdirektor Simonis ergebnislos verlaufen sind.

Vizekanzler und Reichsminister des Innern wird der Demokrat Koch, Reichsminister der Finanzen der Demokrat Gehler, dem ein Sozialdemokrat als Unterstaatssekretär beigegeben wird. Die Demokraten werden ein Mitglied ihrer Partei für das Wiederaufbauministerium stellen, bisher haben sie noch niemanden genannt. Das Wirtschaftsministerium wird in zwei Teile geteilt: Robert Schmidt behält das Wirtschaftsministerium und der landwirtschaftliche Teil des Amtes, also sozusagen das Ernährungsministerium, bekommt der Zentrumsmann Hermann. Genosse Schlichte bleibt Arbeitsminister, während Genosse Bauer Verkehrsminister

wird. Jedoch wird der gegenwärtige Verkehrsminister Dr. Bell vorläufig die Geschäfte dieses Amtes weiterführen bis zur Abwicklung der eingeleiteten Organisationsmaßnahmen. Dann wird in einigen Wochen Genosse Bauer sein neues Amt antreten.

Finanzminister wird der Direktor der Opaas Cuno (S.) und Reichsschatzminister der bisherige badische Staatssekretär Dr. Wirth, ebenfalls von der Zentrumspartei, werden. Gieberts bleibt Reichspostminister.

Das Justizministerium wird dem Demokraten Blum angeboten werden. Genosse Dr. David bleibt Minister ohne Portefeuille.

Das neue Reichskabinett wird sich am Montag, 10 Uhr vormittags der Nationalversammlung vorstellen. In Preußen hat Seevering sich zur Annahme des Ministeriums des Innern bereit erklärt, Krüger Kandidatur für diesen Posten zurückgezogen. Graf übernimmt voraussichtlich das Präsidium, Lüdemann die Finanzen. Die eigentliche Entscheidung fällt erst heute nachmittags. Graf und die ganze sozialdemokratische Fraktion stehen auf dem Standpunkt, daß ein Eintritt in die Regierung für sie nur dann in Frage kommt, wenn mit dem Austräumen unter den reaktionären Beamten Ernst gemacht wird. Ob dieser Ernst vorhanden ist, soll sich in den heutigen Nachmittagsverhandlungen mit den bürgerlichen Parteien zeigen.

Die Beamten und der Putsch.

Von Max Gronfeld.

Der kurze Siegesdrausch der Monarchisten und Militaristen ist verhaucht.

Zum ersten Male hat auch die Beamtenchaft aktiv eingegriffen und damit gezeigt, daß sie bereit ist, die Verfassung zu schützen. So traurig an sich das Ereignis der verflochtenen Tage für unser gesamtes Volk ist, so erfreulich ist die Tatsache, daß endlich einmal eine Märsch im Volke und in der Beamtenchaft erfolgt ist. Seit einem Jahre erkönte unaufhörlich der Ruf der sozialistischen Beamtenchaft nach Demokratisierung der Verwaltung, nach Beseitigung des alten reaktionären Kabinetts, aber ungehört verhallten diese Rufe. Die Monarchie war beseitigt, aber der alte preussische Geheimratsgeist feierte wahre Orgien; die freihetlichen Männer an der Regierung waren auf einer verlorenen Insel umbrannt von der Reaktion.

Wenn auch der Deutsche Beamtenbund sich für den sofortigen Generalstreik aussprach, so glaube derselbe keiner, daß dies auf Veranlassung der höheren und mittleren Beamten geschehen sei. Die Tatsachen haben bewiesen, daß sie zum großen Teil es waren, die die Durchführung des Streiks zu verhindern und ihn unwirksam zu machen suchten. Lediglich das Gros des Deutschen Beamtenbundes — die unteren Beamten — setzte sich mit aller Entschiedenheit für den Generalstreik ein und da waren es wieder die Beamten der Post und Eisenbahn, die vorbildlich vorgingen und ihre gewerkschaftlichen Organisationen als Kampforganisationen zeigten.

Interessant war die Verhandlung im Deutschen Beamtenbund am Sonntag, den 14. März. Die Vertreter der höheren Beamten, darunter auch der Vertreter der höheren Postbeamten Dr. Zappier, erklärten sich mit lautmächtigem Beifall gegen den Streik. Der Gewerkschaftsbund Deutscher Verwaltungsbeamten erklärte durch seinen Vertreter Becker, bereits mit der neuen Regierung in Verbindung zu stehen und lehnte ebenfalls, unterstützt vom Hofrat Blum aus dem Ministerium des Innern und Verwaltungssekretär Jech, einen Streik ab. Diese Tatsache muß festgehalten werden, da man mit stiller Freude feststellte, daß doch ein angeleglich großer Teil der Beamten mit der neuen Verdreherregierung sympathisierte.

Während hier nur Meinungen zum Ausdruck kamen, zeigte sich doch in der Wirklichkeit schon jetzt bald der Geist der neuen Männer. Mit dem Kopf-Erlaß in der Hand erlaubten sich einige Vorgesetzte von Postämtern, die Beamten zum Dienst zu pressen; jedoch schritt diese Art Anstalten an der sachlosen Haltung insbesondere der unteren Beamtenchaft, die auf die Haltung der Unterstaatssekretäre hinwies. Erwähnenswert ist noch, daß die Mitglieder des Verbandes der mittleren Postbeamten auch heute noch nicht wissen, ob sie streiten sollten oder nicht; hier hat nur das gute Vorbild der unteren Beamten gewirkt.

Wer den Kampf in der Beamtenchaft mit durchgeführt hat, wird sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß hier gründlich durchgreifendes Austräumen am Werke ist. Das deutsche Volk hat ein Anrecht darauf, daß den Männern, denen die Ausübung der Staatsgewalt anvertraut ist, ein zuverlässiges Beamtentum zur Seite steht, das seinen Treueid achtet. Aber schon die Ableistung dieses Eides geschieht bei den meisten Behörden in Form, die den Ernst solcher Handlungen vollkommen vermissen ließe. Ja, man scheute sich nicht, wie es bei einzelnen Berliner Gerichtsbehörden geschehen ist, dem Eid mit einigen Verkauflösungen und Vorbehalten abzugeben.

Ein tiefes Misstrauen herrscht im Volke gegen die richterlichen Beamten; die letzten großen politischen Prozesse hätten auch dem Mindesten die Augen öffnen müssen, um zu erkennen, welche Gesinnung hier vorherrschend ist. Klassenjustiz im wahren Sinne des Wortes herrscht an diesen Stellen des Reichs und in den Verwaltungen sieht es nicht anders aus. Der Richterstand ist eine Aristokratie für sich. Versüß, verächtelt, sich aus Althergebrachte Kammernd, ist dieser Stand keiner freihetlichen Regierung fähig und bildet eine Gefahr für die Republik. Eine gründliche Reorganisation ist hier vor allen Dingen erforderlich, sonst besteht die Gefahr, daß der republikanische Staatsbürger auch weiterhin von Monarchisten abgeurteilt wird, dagegen die reaktionären Verbrecher straffrei abgehen.

Alles in allem hat die Beamtenchaft aber in diesem Kampfe gezeigt, daß sie aus ihrem politischen Schlaf erwacht ist. Hand in Hand mit den Arbeitern hat das Gros der Beamtenchaft für Erhaltung der Republik gekämpft und die Hochverräter mit ihrem militärischen Anhängel zum Teufel gejagt. Jetzt darf das „Große Reinemachen“ auch nicht einen Tag auf sich warten lassen. Für die Kosten des Abenteuers, die allein das Volk zu tragen hat, hätte der gesamte reaktionäre Beamtentümel zehnmal aufs Ateenteil gesetzt werden können.

Es gibt kein Ueberlegen mehr, wir wissen heute, wo die Bestimmungslumpen und Eiddreher sitzen und fordern mit aller Entschiedenheit ihre Beseitigung. Wenn von einem Fehler

Einigungsversuche im Ruhrrevier.

Dagen, 27. März. (A.M.) Da die Bielefelder Abmachungen von dem linken Teil der Front Rührrevier, Damborn, Wesel nicht beachtet wurden, haben die drei sozialistischen Parteien hier gestern nach Dagen eine Konferenz einberufen. Nach einer mehrstündigen Auseinandersetzung billigte die von 150 Vertretern besetzte Konferenz einstimmig folgenden von dem neuen Zentralrat vorgelegten

Aufruf an die Kampfleiter:

Der gestern in Essen gewählte Zentralrat der Volksgenossen des Industriegebietes Rheinland und Westfalen unterbreitet euch folgende Vorschläge:

1. Es werden sofort vom Zentralrat mit der Reichsregierung Verhandlungen geschlossen, um für die Arbeiterregierung zu erlangen, daß die Waffen nur in den Händen der Arbeiterschaft bleiben, daß Arbeiterwachen geschaffen werden und daß keine Verhaftung der am Kampf beteiligten Arbeiter erfolgen darf.

2. Die Verhandlungen für diese Verhandlungen sind, daß der Kampf an der Front sofort eingestellt wird, d. h., daß die Front gehalten wird, aber keine Kampfhandlungen bis zur Beendigung der Verhandlungen vorgenommen werden.

3. Sollten die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen oder Regierungstruppen in das Industriegebiet einmarschieren, so wird die Zentralleitung sofort den Generalstreik für das Industriegebiet proklamieren. Ferner wird der Zentralrat sofort die Verbindung mit den übrigen Bezirksarbeitergäten aufnehmen, um die Arbeiter zum allgemeinen Generalstreik aufzufordern, falls eine Verständigung mit der Regierung nicht erfolgt. Der Zentralrat ersucht die Kampfleiter auf das dringendste, diesen Forderungen sofort nachzukommen, weil sonst nach Lage der Sache die Bewegung gefährdet wird.

Der Zentralrat der Volksgenossen für das Industriegebiet Rheinlands und Westfalens.

Hierzu mettet ein eigener Bericht vom 27. März folgendes:

Die Dagenener Konferenz, zusammengesetzt aus sämtlichen Vertretern der Aktionsausschüsse des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, hat die Bielefelder Vereinbarung angenommen. Die Konferenz wünscht, daß die Regierung deutlich zum Ausdruck bringt, daß die Waffen in Händen der Arbeiter bleiben. Die Konferenz hat eine Delegation von 3 Mitgliedern an die Kampffront nach Wesel geschickt, um die Bielefelder Arbeitergruppe zur Einstellung des Kampfes zu bewegen. Flugblätter und Pamphlete, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit den Unterschriften „Die rote Armee“ oder „Die militärische Leitung“ ohne Unterscheidung irgendeiner Aktionsausschüsse verbreitet werden, gehen nicht von den ebenfalls gewählten Aktionsausschüssen bzw. Volksgenossen aus. Alle Anzeichen nach rühren dieselben von sydikalistischen Personen her.

Die Aktionsausschüsse wenden sich gegen diese Flugblätter und fordern die Arbeiterschaft auf, dem Beschluß der Bielefelder Konferenz gemäß den Kampf einzustellen und weiter: Anweisungen von den maßgebenden Aktionsausschüssen abzuwarten. Im sonstigen Industriegebiet ist allgemein Ruhe, Nebensoll wird gearbeitet.

Die Rheinische Volkserziehung weist jeden gegen sie gerichteten Aufschrei zurück.

Schleswig.

Die Besetzung der 1. Zone.

Kopenhagen, 27. März. Der Deutsch-Schleswiger Ausschuss des Reichstags hielt gestern eine Sitzung ab, in der der Minister für Schleswig davon Mitteilung machte, daß die militärische Besetzung der ersten schleswigschen Zone durch Dänemark am 1. April stattfinden wird. In der darauf folgenden Erörterung wurde vorgeschlagen, auch Kriegsschiffe nach Sonderburg und Apenrade zu senden, außerdem eine Abteilung Kavallerie nach Sonderburg. Dieser Vorschlag wird jetzt dem Verteidigungsminister zur Erwägung gegeben.

Kein Einmarsch der Entente.

Paris, 26. März. (Reuter.) Wie verlautet, haben die Vereinigten Staaten beschlossen, sich gemeinsam mit Großbritannien und Italien einer militärischen Aktion der Alliierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Ruhrgebiet zu widersetzen.

Französische Kammer.

Paris, 26. März. Bei der Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung forderte der Sozialist Cachin die Anerkennung der Sowjetrepublik und die Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und Polen. Er sprach die Befürchtung aus, daß Konstantinopel und die Meerengen eine Dente Englands würden und kritisierte die französische Politik gegenüber der Türkei. Er verurteilte die Entsendung von Truppen nach Syrien, worüber das Parlament gar nicht befragt worden sei. Bezüglich des Versailler Friedensvertrages sagte der Redner, seine Partei werde die Regierung darin unterstützen, aus Deutschland an Wiedergutmachungen herauszuholen, was im Rahmen des Möglichen liege. Aber darüber hinaus zu gehen, sei unnützlich. Vor allem müsse man Deutschland in den Stand setzen, zu zahlen.

Ministerpräsident Millerand erwiderte dem Redner, daß die Alliierten übereingekommen seien, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen. Wenn französische Kaufleute und Industrielle gleich den amerikanischen und englischen Kaufleuten und Industriellen sich über die Lage Rußlands und die Zukunftsmöglichkeiten unterrichten wollten, so würden sie die Unterstützung der Regierung finden. Die Alliierten wollten eine lebensfähige Türkei schaffen. Ein solches Ziel sei durchaus vereinbar mit der Freiheit der Meerengen und der Wahrung der Interessen Frankreichs in der Türkei. Zu dem Versailler Friedensvertrag sagte der Ministerpräsident, Deutschland hätte versucht, sich der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu entziehen, vor allem bezüglich der Anlieferung der Schulden. In ihrer Note vom 14. Februar hätten die Alliierten dieses bestätigt. Sie seien weit davon entfernt, auf irgend eines ihrer Rechte zu verzichten, die ihnen nach Artikel 228 und 230 des Friedensvertrages zustehen. In der Frage der Kohlenlieferung müsse er betonen, daß diese Lieferungen nicht erfolgt seien und daß die Wiedergutmachungskommission mit dieser Frage betraut worden sei. Weiter habe Deutschland sich den Verpflichtungen bezüglich seiner Entwaffnung entzogen, und es habe erreicht, daß die für den April vorgesehene Derbesetzung der Stärke auf 100 000 Mann auf den 10. Juli dieses Jahres verschoben worden sei.

der Sozialdemokratie gesprochen werden kann, so ist es der, daß sie zu anständig war und diesen Trägern der Reaktion zu sehr vertraute. Ueber das Verhalten eines Teils der höheren und mittleren Beamten während der Zeit der Kappregierung wird noch manches zu sagen sein; für heute sei nur bemerkt, daß mit allen, die im Geiste schon wieder die Monarchie und die Cäsardiktatur aufgerichtet hatten und ihr Verhalten danach einrichteten, gründlich abgerechnet werden wird. Allen Abschließenden aber gilt mein Ruf: „Hinein in die politische Organisation! Auf zum Kampf für die Demokratie und den Sozialismus!“

Die neue Gefahr.

Die „Post“ überschreibt ihren neuesten Leitartikel, in der sie wieder einmal alles, was nicht gerade der Schwerindustrie angehört, maßlos beschimpft, mit den vielgeliebten Worten: „Bestrafter Verrat“. Wir begrüßen die Ehrlichkeit dieses nationalstiftlichen Blattes um so lebhafter, als wir sie nur selten bei ihm festzustellen Gelegenheit hatten. Die inneren Schwierigkeiten wirtschaftlicher wie politischer Natur sind allerdings die Strafe für den am deutschen Volk begangenen Verrat, die man sogar als gerecht bezeichnen müßte, wenn sie die Schuldigen — und zwar allein die Schuldigen — treffen würde. Leider ist das jedoch nicht der Fall. In ihrem Horn schreibt die „Post“ einen Satz nieder, der allen der Einigkeit der Arbeiterklasse abgeneigten innerhalb der Arbeiterkraft zu denken geben sollte:

„Dies ist die neue Gefahr, die das Bürgertum bedroht: Die Verschönerung der beiden sozialistischen Parteien.“

Wenn die Unabhängigen eine Einigung beider Parteien durch Aufstellung von Forderungen unmöglich zu machen suchen, deren Richterfähigkeit ihnen selbst bekannt ist, so mögen sie sich immer dieses Wort der „Post“ vor Augen halten. Denn wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß es dem überwiegenden Teil der Unabhängigen Partei nicht weniger als uns eine große Freude bedeuten würde, das „Bürgertum“ dieser von ihm sehr gefährdeten Gefahr auszuweichen.

Das Ende eines Schuldigen.

Hauptmann v. Pflug-Hartung tödlich verunglückt.

Einen der Würder Niederrheins, der auch während des Kapp-Putsch die Rolle des blutigen Denkers gespielt hat, hat am Freitag abend die Nemesis ereilt: In dem Augenblick, als er mit seinem Kraftwagen nach Weiden abfahren wollte, ist Hauptmann v. Pflug-Hartung infolge einer Explosion tödlich verunglückt. Ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen dem Ereignis zugrunde liegt, ist bis zur Stunde noch nicht geklärt. Es hat den Anschein, als ob das Automobil durch die Explosion einer Handgranate oder Bombe in die Luft gesprungen ist, doch möchte auch hier erst festgestellt werden, ob es sich um eine Handgranate handelte, die Pflug-Hartung selber als Waffe mit sich führte, oder die von jemandem in den Wagen eingeschmuggelt wurde.

Ueber das Schreckensereignis, das Pflug-Hartung in Friedrichshagen ereignet hatte, ist hier in der Donnerstags-Abendausgabe eingehend berichtet worden. Ueber sein Ende sind noch folgende Einzelheiten zu berichten:

Pflug-Hartung hatte den Professor Eginhardt aus Berlin und eine Frau v. Tessenhausen zu Besuch gehabt und wollte sie kurz vor 9 Uhr mit dem Automobil nach Berlin zurückbringen. Der Chauffeur, Unteroffizier Gebhard, wollte über Köpenick fahren, Hauptmann v. Pflug-Hartung beschloß ihm jedoch einen anderen Weg. Während der Kraftwagen stoppte und umdrehte, erfolgte eine furchtbare Explosion. Einige kurze Stieckammen schossen herab und das Auto wurde über die ganze Breite der Chaussee geschleudert. Durch den Aufschlag wurden Frau v. Tessenhausen und der Unteroffizier Gebhard über den Wagen hinweg in den Straßengraben geschleudert, während Professor Eginhardt und Hauptmann v. Pflug-Hartung festlich hinausgeschleudert wurden. Sechs Soldaten, die in der Nähe standen, wurden von Sprengstücken getroffen und brochen zusammen. In wenigen Augenblicken

ersten polizeiliche Soldaten und Jüdischen den Verunglückten zu Hilfe. Hauptmann v. Pflug-Hartung war durch tödlich getroffen. Sein Tod muß auf der Stelle eingetreten sein. Professor Eginhardt war an beiden Beinen sowie am rechten Oberarm verletzt, während Frau v. Tessenhausen und der Chauffeur durch Sprengstücke Verletzungen im Rücken davongetragen hatten.

Ueber die Rolle Pflug-Hartungs beim Kapp-Putsch erfahren wir noch folgendes: Seit etwa einem Jahr ist in der Reichswehrkaserne Ruffen-Strand eine „Vollschule“ des Wehrkreiskommandos III eingerichtet. Als militärischer Leiter dieser Schule, die von Reichswehrmariangehörigen besucht wird, fungierte Hauptmann v. Pflug-Hartung. Am Morgen des 13. bez. er die Kursteilnehmer antraten und teilte ihnen mit, daß er Befehl erhalten hätte, die 2. Marinebrigade (Eginhardt) zu unterstellen. In diesem Zwecke müßte er nach Berlin, wo freiwillig mit wolle, solle sich melden. Es ginge nach dem Potsdamer Platz. Darauf marschierte er mit über 100 Mann ab. Nur 40 Reichswehrangehörige blieben zurück.

In Berlin war er als Beobachter tätig, hatte in der Bendlerstraße ein Bureau und schickte seine Leute in Automobilen mit Pistolen und Flugblättern umher. Auf jeden Fall war dieser Verräter also auch ein Hochverräter, und es ist nicht zu verstehen, wie er noch bis zuletzt ein Kommando haben konnte und es noch innehaben würde, wenn nicht inzwischen der Tod es ihm aus der Hand genommen hätte.

Es ist sehr zu bedauern, daß bei dem Vorfalle auch Unschuldige zu Schaden gekommen sind. Handelte es sich um ein Verbrechen, so würden wir dieses, trotz der Schuld des Opfers, scharf verurteilen. Es muß ein Ende gemacht werden mit dem gegenseitigen wilden Blutvergießen, und ein Verbrechen begehrt, was es fortsetzt. Nur muß man sich auch darüber klar sein: wenn wir nicht zur Bendelle, zur Verrat, herabsinken sollen, dann muß dem Volk das Gefühl gegeben werden, daß es in der deutschen Republik ein Recht gibt. Nur gerechte, strenge Bestrafung militärischer Verräter schützt uns vor Entwürfungen, an die jeder Kultur Mensch nur mit Grauen denkt.

Ein Warner?

Roske gegen Seede.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Dem „Berliner Tageblatt“ hat Generalmajor v. Seede Erklärungen zum Kapp-Putsch zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Darin heißt es:

„Ich habe die Sache kommen sehen. Ich habe gewarnt nach allen Richtungen hin. Aber starke, energische Maßnahmen waren leider nicht durchzuführen. Roske dachte immer, es werde schon gehen.“

Im nächsten Satz soll Herr v. Seede gesagt haben, an die Ausführung des Putsch habe er nicht geglaubt, weil er eine solche Ansumme von Dummheit doch nicht für möglich gehalten habe.

Von dem inneren Widerspruch, der in diesen Worten liegt, sehe ich ab. General v. Seede kann sich so nicht geäußert haben, weil solche Zusage nur vor Wahrheit im schroffsten Gegensatz stände. General v. Seede war ein Jahr lang in dem mir unterstellten Ministerium Chef des Truppenamtes, der wichtigsten Verwaltungsstelle. Ich stelle fest, daß er zu jeder Stunde die Möglichkeit hatte, mit mir zu sprechen. Er war selten bei mir zum Vortrag. Er hat mir niemals bestimmte, konkrete Vorschläge für starke, energische Maßnahmen gemacht. Ich habe oft auf Nichtstände hingewiesen und dann häufig den Einwand gehört, den General v. Seede für sein Verhalten geltend macht: man dürfe Truppe und Offizierskorps nicht verprellen. Gustav Roske.

Eine unverkündete Provokation.

Am Sonntag beobachtete die Potsdamer Arbeiter-Schaft, eine Trauerkundgebung für die bei dem Militärputsch ums Leben gekommenen Personen zu veranstalten. Diese Kundgebung wurde von den militärischen Stellen unterbunden. Die Veranstalter wurden aufgefordert, sich unter schriftlich zu verpflichten, daß in den zu haltenden Ansprachen darauf hingewiesen werde, daß an dem Vorgehen das Militär keine Schuld

trasse. Diese Erklärung konnten die Veranstalter selbst nicht abgeben, und so wird die Arbeiterkraft auf diese Veranstaltung verzichtet müssen.

Die Freiheit, die sich auch heute noch gewisse militärische Stellen herausnehmen, übersteigt jedes erlaubte Maß. Deshalb haben die Herren Offiziere nicht auch gleich eine Erklärung verlangt, in der zum Ausdruck kam, daß auch die Herren Kapp und Lüttich keinerlei Schuld an dem Militärputsch trasse? Zweifellos hätten sie das mit dem gleichen Recht verlangen können. Wir erwarten schleunigst Eingreifen einer höheren militärischen Stelle, um in jeder Stunde der Arbeiterkraft die Abhaltung der Feiern doch noch zu ermöglichen.

Woran scheitert die Heeresreform?

An positiven Vorschlägen zur Umbildung der Reichs- und Sicherheitswehr im republikanisch-demokratischen Sinne hat es seit dem Kapp-Lüttich-Putsch nicht gefehelt. Wenn von den auch hier mehrfach beantragten Maßnahmen, bisher noch keine ernsthaft in Angriff genommen ist, so scheint dies daran zu liegen, daß in gewissen Stellen auch nach der Amtsniederlegung Roskes noch immer alter Geist und Einfluß maßgebend ist. Diese Richtung geht davon aus, daß eine Umbildung der Reichswehr nicht notwendig sei, weil diese sich bei dem Putsch zum überwiegenden Teil regierungstreue gezeigt habe.

Das ist eine vollkommene Verkennung der Tatsachen. Regierungstreue besteht nicht in der formalen Erklärung, auf dem Boden der rechtmäßigen Regierung zu stehen, um ihr dann im Geist und in Taten entgegen zu handeln. Bei den meisten Generalen war diese Erklärung ein rein taktisches Manöver. Trotz ihrer angeblichen Regierungstreue haben viele von ihnen eine höchst zweideutige Rolle gespielt, wie z. B. der famose General Märcker, über dessen „Regierungstreue“ noch sehr viel zu sagen sein wird. Die tatsächliche Unzuverlässigkeit der sogenannten Regierungstreuen ergibt sich ohne weiteres daraus, daß keine einzige größere Formation dazu zu bewegen war, den bewaffneten Kampf gegen die Reuterer aufzunehmen. Bei den meisten Kommandostellen war die Erklärung, auf dem Boden der rechtmäßigen Regierung zu stehen, nur eine Schutzmaske, um die Hut der gegen die Reichswehr aufgetragenen Bevölkerung von sich abzuwenden. Ihre sogenannte „Regierungstreue“ hat zahlreiche Kommandeure nicht gehindert, die Bevölkerung, die sich zum Schutz der Freiheit und Republik bewaffnete und erhob, unter dem Vorwand der „Vollschulung“ blutig niederzuschlagen, wobei sie an Grausamkeit vielfach mit den Lüttichern wetteiferten. Die Behauptung, daß der größere Teil der Reichswehr die Befehlshaberprobe des Putsch ausgehalten hätte, ist also eine Phantasie, auf die kein ernsthafter Politiker hineinfallen sollte.

Wir sind weit entfernt, auf jeden mit Steinen zu werfen, der vor dem 13. März die Dinge in der Reichswehr falsch beurteilte, obwohl schon damals, wer sehen wollte, auch sehen konnte. Leute aber, die selbst aus diesem Ereignis nichts lernen können, und immer noch durch ihre rosa Brille Phantasiebilder statt der Wirklichkeit sehen, sind Schaden der Partei und ihrer Politik. Die Umwandlung der Reichswehr aus einem Werkzeug der Gegenrevolution in eine Stütze der Republik ist die dringendste und notwendigste Aufgabe der Gegenwart, sie darf durch unbedingbaren Optimismus auch nicht um eine Stunde verzögert werden.

Dringendste Anfrage.

Dürfen Reuterer Verfassungstreue maßregeln?

Wie ist es möglich, daß immer noch zahlreiche wegen ihrer Regierungstreue entlassene Sicherheitspolizisten, Reichswehrangehörige usw. wohnungs- und verpflegunglos in Berlin umherirren, keine Wiederein-

Dazu bemerkt mit Recht ein weiterer Einsender: „Der zufällige Anstoß an das Wort ‚Streichler‘ wäre noch kein Beweis gegen die sprachliche Richtigkeit der Neubildung, die auch für meine Ohren keinen unangenehmen Klang hat. Das Mißbehagen, das man bei dem ‚Streichler‘ empfindet, beruht wohl darauf, daß das vom Zeitwort ‚streicheln‘ abgeleitete richtige ‚Streichler‘ in diesem Fall nicht anwendbar ist. Denn das Zeitwort wird nicht in Verbindung mit der gewaltsamen Staatsumwälzung gebraucht, sondern nur mit dem Hauptwort ‚Streich‘. Vom Hauptwort wäre aber richtig zu bilden ‚Streichler‘, genau wie Wissenschaftler, das ich indessen keineswegs als eine Sprachschönheit hinstellen möchte. Aber im Wort ‚Streichler‘, Richter haben wir mit Unrecht doch eine schöne und überall hingeworfene Ableitung. Die Silbe ‚ler‘ hat hier allerdings den Sinn einer regelmäßig oder berufsmäßig ausgeübten Tätigkeit. Außerdem gibt es noch Bildungen wie Geheimhändler, Hintertüßler, Nachzügler, Mittelständler, die einfach den Zusammenschluß in eine Gruppe bezeichnen. D. Red.) Also lassen wir das Wort ‚Streichler‘ aus unserer Sprachschatz. Es ist nicht notwendig, es ist sogar begrifflich falsch angewendet, wenn man von dem Berliner Ereignissen spricht. Bis jetzt scheint noch niemand auf diesen Widerspruch hingewiesen zu haben. Was Kapp-Lüttich getan haben, ist eine Meuterei, eine Revolte, ein Putsch, es ist kein Staatsstreich. Dieser ist nur ein gewaltsamer Umsturz, der von den verfassungsmäßigen Inhabern der Staatsgewalt ausgeführt wird, um die Verfassung zu ändern. Die ‚coups d'état‘ des dritten Napoleon sind das Musterbeispiel dafür. Er war Präsident der Republik und hat sich in zwei Phasen eigenmächtig zum Kaiser gemacht. Das deutsche Wort Staatsstreich dürfte übrigens als Uebersetzung des französischen Ausdrucks entstanden sein.“

Der Sanskritforscher Hermann Oldenberg ist im 66. Lebensjahre in Odtingen gestorben. Ein Forscher der altindischen Sprache, Literatur und Religion von erstem Range und internationaler Bedeutung ist in ihm der Wissenschaft entzogen. Seine Ausgaben und Uebersetzungen altindischer Texte (besonders Rigveda) genießen hohen Ruf. Von allgemeiner Bedeutung aber wurden seine darstellenden Werke über die Religion des Rigveda, die Literatur des alten Indiens, sein Buch über Buddha, sein Leben, seine Lehre, seine Gemeinde. Ist das beste, was wir jüngen über den großen Begründer der nach ihm benannten Weltreligion in deutscher Sprache besitzen.

Erkennungszeichen der Woche. Sonnt. Großes Schauspielhaus: „Der wahre Hellant“. Do. Luisenstädt.: „Die Nacht der Liebe“. Sonn. Deutsch. Th.: „Die Dame Kebab“. Kolo-Th.: „Das Licht der Liebe“.

Die VII. Morgenfeier im Schauspielhaus. Heute und das junge Deutschland, die wegen der Unruhe verschoben wurde, findet Sonntag 11^{1/2} Uhr statt.

Hranis. Sonntag, Montag, Mittwoch: „Jährigen“, Stol. Karls: „Rechtgen und der Nil“, Freitag, Jerusalem und seine heiligen Stätten“, Donnerstag Emma Rothmann: „Friedrich am Necker“, Donnerstag Nachmittag 4 Uhr. Mit dem Aufbruch nach dem Bobber! zu kleinen Kindern. Ferdinand Krumm hat eine Tragedie „Dahl“ beendet, in deren Mittelpunkt Hannibal steht.

Erlebnisse.

Von Ludwig Hermann Vorwardt.

Ein Kind fiel in einen Fluß. — Am Ufer standen Männer. Sie erkannten die Gefahr, in der das Kind schwebte. Aber — — — anstatt zu helfen, begannen sie, sich zu streiten, wie das Kind zu retten sei.

Der eine wollte in den Fluß springen, der andere warnte — das ist zu gefährlich — dort drüben werden die Wellen das Kind ans Land treiben, dann — — — Der erste ermittelte — bis dahin ist das Kind ertrunken — der zweite — wie du willst, ertrinkt die beide —

Sie stritten und stritten — bis das Kind in den Wellen versank. —

Es gab einmal einige sozialistische Parteien, die gleiche Ziele verfolgten, nur sah über den Weg nicht einigen konnten — bis das Kind in den Wellen versank!

Drei Männer sahen auf einer Bank. Der Mann, der rechts saß, sprach: „Nur die schärfste Belohnung unseres nationalen Standpunktes kann uns retten. Nur unser Volk dürfen wir sehen!“

Der Mann, der links saß, sprach: „Nur die internationalen Gedanken bringen uns zur Höhe. Nichts euren Blick auf das Ausland!“

Der Mann in der Mitte sprach: „Ich bleibe meinem Volke treu —“ da schlug ihm der Mann, der links saß, ins Gesicht — „aber ich kämpfe für die Einigung der Menschheit!“ — da schlug ihm der Mann, der rechts saß, ins Gesicht.

Gewalt!

Ich trete in eine dichtgedrängte, qualmenbe Wirtschaftshalle.

Zwei Männer streiten. Ich beobachte von der Tür aus.

Zuerst reden beide. Dann bedauern sie sich immer mehr die Stimme des einen. Seine Gründe scheinen durchzubringen. Ich sehe es am Reifall der Herumstehenden. — Der zweite tritt zurück an den Ofen. Der erste macht seinen Freunden noch einmal die Sachlage klar, in seinem Gesicht leuchtet etwas wie Triumph. Ich sehe das Gesicht des zweiten: dunkel ist es, rot, die Werten treten hervor. Er springt auf, ein Messer blüht, ein Blutstrom — Geschrei — — —

Was helfen alle Vermunftgründe gegen den Beweis des Messers!

Die Ewigkeit träumt:

Es war einmal ein hellblauer Sommertag — da sprang ein Schrei aus den Tiefen — düstere, schwere Wolken verschlangen Licht und Blau —

Es war einmal ein Abwind, der aus Tausenden von Rotationsmaschinen quoll, der jede Welle, jeden Windhauch, jeden Atem in seinen Wirbel zwang —

Es waren einmal zwei Eisenbahnzüge, die aufeinander losfahren — ihre Räder schlangen im Rhythmus, der die Welt gesungen hielt. In ihnen fanden, die Ströme einander zugeführt, zwei Menschen, deren Gehirn im selben Rhythmus kreiste, deren Rippen unaussprechlich murmelten — wir werden angegriffen — man bedroht uns — wir sind gefährdet — Hoh und Reid umloht uns —

Es war einmal eine Nacht, in der sich zwei Menschen mit Waffen gegenüberstanden — der eine schloß fehl, der andere traf — Es war einmal ein Todeschrei, der den tosenden, ansehnlichen Rhythmus in zwei Menschen vernichtete, der eines Menschen Augen schloß und die des andern sehend machte —

Es war einmal ein Mensch, der laut in alle Welt rief: wir haben nur einen Feind — und das sind die Gräben und Mauern zwischen Mensch und Mensch, zwischen Gemeinschaft und Gemeinschaft, zwischen Volk und Volk — der die heilige Forderung in die Welt rief: Baut Brücken, schlagt Brücke —

Es war einmal ein Tag, da ihn Millionen gubelsteten; denn sein Gedanke war neu —

Es war einmal ein Tag, da ihn die Millionen verließen; denn sein Gedanke war alt geworden —

— der freute sich der Mensch; denn nun wußte er: der Stogelauß meines Gedankens beginnt in denen, die nicht jubeln!

Richard Dehmel:

„Zwischen Volk und Menschheit“ nanntest Du Dein Kriegstagebuch, alle unsere Qualen hast Du eingefangen in den Worten: „Zwischen Volk und Menschheit“.

Dafür danken wir Dir!

Doch Du hast nicht nur den Zwißpalt unserer Zeit „zwischen Volk und Menschheit“ aufgezeigt, Du hast uns auch das Beispiel des Kämpfers für Volk — und für Menschheit gegeben.

Dafür danken wir Dir noch mehr!

Aber nicht nur Prediger und Kämpfer warst Du. Du warst auch Prophet, als Du das ewige Wort sprachst von der weichen Fahne, die einst von allen geglaubt über den bunten Wehen wird.

Dafür danken wir Dir, indem wir den Weg betreten, der zur weichen Fahne führt: „Wir ahnen das Morgengrauen unendlicher Brüderlichkeit!“

Staatsstreich und Staatsstreicher. In der „Frankf. Ztg.“ wurde gegen die neu aufkommene Wortbildung „Staatsstreicher“ Einspruch erhoben. Es hieß da: „In dem Staatsstreich der Kapp-Deute hat und diese aufgeregte Zeit noch etwas Neues befehrt: die Staatsstreicher. Wer an diesem sprachlich Rasseur Schuld ist, ob Reichspräsident Ober, der in einer Unterredung mit Pressevertretern das Wort brachte, oder sonstwer, ist kaum feststellbar. Genuß, das Ungeheul ist da, und die „Staatsstreicher“ verbreiten sich wie die Grippe. Was ist ein Staatsstreicher? Selbst Karikatur-Mischel würde hierauf antworten: das ist ein Mann, der den Staat freilegt. Es gibt eben keinen Unstern, der nicht heutzutage bländlings mitgemacht, nachgeschlappert und nachgeschrieen würde.“

